

17. Juni 2014

EuropaNews

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Kolleginnen und Kollegen,

in den vergangenen Wochen ist viel von Europa die Rede gewesen. Die Europäer haben gewählt und dabei insbesondere in Frankreich, Großbritannien und Griechenland Gefühlen der Angst und Unzufriedenheit Ausdruck gegeben. Im Ergebnis sind im neuen Parlament viele Gegner Europas vertreten, auf die großen Parteien der politischen Mitte entfallen im neuen Europaparlament (EP) nur mehr rund die Hälfte aller Abgeordneten. Wie es dort jetzt weitergeht, erfahren Sie in unserem kurz nach der Wahl mit Dr. Angelika Niebler, Rechtsanwältin und langjähriges Mitglied im EP, geführten Gespräch – außerdem wie immer Nachrichten zu aktuellen Entwicklungen in der Gesundheitspolitik, in der Gesundheitsversorgung und in der Psychotherapie auf europäischer Ebene.

Herzlich

Ihr Rainer Richter

Nachrichten aus Parlament, Kommission und Rat

Europa hat gewählt

Von den 751 Sitzen im neuen Europaparlament entfallen 96 auf Deutschland. Es ist damit das Land mit den meisten Abgeordneten, gefolgt von Frankreich (74) und dem Vereinigten Königreich (73). Kleinere Länder wie Zypern und Estland entsenden jeweils sechs Vertreter. Die meisten Stimmen konnten die Christdemokraten/Konservativen (EVP) für sich verbuchen (221). Auf die Sozialdemokraten (S&S) entfallen 191 Abgeordnete. Die nächstgrößere Gruppierung bleiben die Liberalen (ALDE) mit 65 Abgeordneten, gefolgt von den Nationalkonservativen (63), den Grünen (53), den Linken (52) und den EU-Skeptikern (45). 61 Abgeordnete sind fraktionslos. Nur ein Bruchteil der Abgeordneten hat einen beruflichen Hintergrund im Gesundheitsbereich, aus Deutschland kommen davon sechs.

<http://europedecides.eu/2014/06/whos-going-where-tracking-the-musical-chairs-in-the-european-parliament/>

Italien übernimmt zum 01.07.2014 die EU-Ratspräsidentschaft

Ab 1. Juli 2014 wird Italien bis zum Jahresende den EU-Vorsitz übernehmen. Dabei wird es eng mit den sich anschließenden Präsidentschaften Lettland (1. Halbjahr 2015) und Luxemburg (2. Halbjahr 2015) zusammenarbeiten. Wer das Amt des nächsten auf zweieinhalb Jahre gewählten Präsidenten des Europäischen Rates einnehmen wird, ist zurzeit noch unklar.

<http://www.zukunfteuropa.at/site/5800/default.aspx>

Evaluation nationaler Reglementierungen des Berufszugangs angelaufen

Die von der EU-Kommission angestoßene „Bewertung der nationalen Reglementierungen des Berufszugangs“ (KOM/2013/676) ist angelaufen. Die Kommission hat die Mitgliedstaaten aufgefordert, sich zur Verhältnismäßigkeit der Reglementierungen in den einzelnen reglementierten Berufen in ihrem Land zu äußern. In Deutschland ist für die Durchführung das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) federführend. Die Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK) hat am 4. März 2014 in einem Schreiben an das BMWi deutlich gemacht, dass sie das Anliegen unterstützt, durch eine Bestandsaufnahme der nationalen Vorschriften über Berufsqualifikationen die Transparenz der Verfahren EU-weit zu erhöhen. Dies könnte gerade im Bereich der psychotherapeutischen Versorgung, in dem die nationalen Regelungen stark divergieren, zu einer verbesserten Informationslage führen. Allerdings erfülle es die BPtK mit Sorge, dass die EU-Kommission darüber hinausgehend eine „Überprüfung“ und „Bewertung“ vornehmen will, die explizit das Ziel verfolgt, den Berufszugang „zu flexibilisieren“ und „Zugangsbeschränkungen zu reduzieren“. Diese Evaluation erscheine nicht unvoreingenommen und nicht ergebnisoffen. Die BPtK hat vielmehr daran erinnert, dass Reglementierungen im Gesundheitsbereich dem Schutz der Gesundheit der Bevölkerung dienen und eine qualitativ hochwertige, flächendeckende gesundheitliche Versorgung sicherstellen sollten. Die dafür in Deutschland für Psychotherapeuten geltenden Vorschriften seien mit Unions- und Verfassungsrecht konform. Die entscheidende Hürde für mehr grenzüberschreitende Mobilität liege in der sprachsensiblen psychotherapeutischen Versorgung nicht in den Vorschriften über den Berufszugang, sondern in Sprachbarrieren.

Nach dem aktuellen Zeitplan für die weiteren Arbeitsschritte werden in zwei Arbeitspaketen jeweils sechs Berufe ausgewählt, die im Rahmen von Diskussionsrunden in Brüssel ausführlich erörtert werden. Die Gesundheitsberufe sind dabei für die zweite Phase vorgesehen, die Gespräche beginnen hier aber voraussichtlich erst im Januar 2015.

<http://www.bptk.de/themen/psychotherapeuten-in-europa.html>

EU-Kommission legt Grünbuch „Mobile Health“ vor

Nach den Vorstellungen der EU-Kommission sollen bis zum Jahr 2020 medizinische Verfahren, wie etwa die Messung von Blutzucker, Körpertemperatur und Gehirntätigkeit, im großen Stil durch Mobiltelefone, Patientenüberwachungsgeräte, persönliche digitale Assistenten (PDA) und ähnliches unterstützt werden. Patientendienste sollten zukünftig über Smartphone-Apps und über das Internet online abgewickelt werden. Derzeit läuft eine öffentliche Konsultation zum von der Kommission am 10. April 2014 vorgelegten Grünbuch zum mobilen Gesundheitswesen (mHealth). Sie soll Hinweise geben auf Barrieren und offene Fragen im Zusammenhang mit der Nutzung von mobilen Gesundheitsdiensten. Die Kommission fördert Mobile-Health-Projekte im Rahmen eines Aktionsplans für elektronische Gesundheitsdienste 2012 bis 2020 und über das Forschungsprogramm „Horizon 2020“. Wichtige Fragen, wie die der Sicherung der Daten vor unbefugten Zugriffen, die Haftung für mögliche Gesundheitsschäden und auch, ob die Krankenkassen die Kosten solcher Anwendungen übernehmen würden, sind dabei derzeit noch weitgehend offen.

<https://ec.europa.eu/digital-agenda/en/news/green-paper-mobile-health-mhealth>

EU-Kommission prüft Machbarkeit der Normierung heilkundlicher Dienstleistungen

Die europäische Normierungsorganisation CEN, die für technische Normen zuständig ist, befasst sich erstmals auch mit gesundheitlichen Dienstleistungen, konkret mit ästhetisch (chirurgischen) Maßnahmen. Es stellt sich die Frage nach der Kompetenz und der Berechtigung der Bearbeitung solcher Festlegungen durch die CEN, die als privater Verein organisiert ist. Der „Ausschuss Europa“ der Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung (GVG),

in der Vertreter von Leistungserbringern und Kostenträgern der gesetzlichen Krankenversicherung, der Unfallversicherung und der Rentenversicherung zusammenarbeiten, beobachtet das Vorgehen kritisch. Die BPTK ist Mitglied im „Ausschuss Europa“. Es ist eine Stellungnahme geplant, an der sich auch die BPTK beteiligen wird. Die Kommission selbst hat dem CEN bisher keinen Auftrag erteilt, aber eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben.

EU-Kommission erweitert Aktionsplan zur HIV-Bekämpfung

Weltweit nimmt die Zahl neu gemeldeter Fälle von HIV-Infektionen ab, in Europa stieg sie zuletzt um ein Prozent auf 29.000 neu gemeldete Fälle an. Die EU-Kommission hat den bereits bestehenden Aktionsplan zur Bekämpfung von HIV deshalb verlängert und erweitert. Mit dem neuen Aktionsplan für den Zeitraum 2014 bis 2016 will sie verstärkt gegen HIV-bedingte Stigmatisierung vorgehen und einen besseren Zugang zu freiwilligen Tests erreichen. Die Finanzierung soll über einen globalen Fonds und das neue EU-Forschungsförderprogramm „Horizon 2020“ erfolgen.

http://ec.europa.eu/health/sti_prevention/docs/ec_hiv_actionplan_2014_en.pdf

EU-Strategie gegen Alkoholmissbrauch

Die Europäer sind weltweit die größten Alkoholkonsumenten, rund 55 Millionen EU-Bürger gelten als alkoholabhängig, jeder vierte Todesfall bei Männern zwischen 15 und 29 Jahre ist auf Alkohol zurückzuführen. Der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des Europäischen Parlamentes hat deshalb einen Aktionsplan zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs vorgelegt. Der „Aktionsplan 2016 - 2022“ fordert die Mitgliedstaaten auf, insbesondere junge Menschen für die Gefahren des Alkohols zu sensibilisieren und die Einhaltung der Werbebeschränkungen für Alkohol zu überwachen.

http://ec.europa.eu/health/ph_determinants/life_style/alcohol/documents/alcohol_factsheet2_de.pdf

EU-Konsultation zur Verbesserung nationaler Kinderschutzsysteme

Die EU-Kommission hat am 10. April 2014 eine öffentliche Konsultation zur Verbesserung der nationalen Kinderschutzsysteme gestartet, die bis zum 3. Juli 2014 läuft. In ihr wird nach Ideen gefragt, wie die nationalen Kinderschutzsysteme am effektivsten verbessert werden können. Die eingegangenen Beiträge sollen in EU-Leitlinien zu Kinderschutzsystemen einfließen, die Ende 2014 vorgelegt werden sollen.

http://ec.europa.eu/justice/newsroom/fundamental-rights/opinion/140402_en.htm

EU-Kommission will Gesundheitssysteme belastbarer gestalten

Es gibt erhebliche Unterschiede in der EU beim Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen – etwa bei den Wartezeiten und Selbstbeteiligungen – und im Versorgungsniveau – z. B. bei vermeidbaren Sterbefällen und dem Zugang zu Vorbeugemaßnahmen. Alle Systeme sind mit der Zunahme chronischer Erkrankungen und steigenden Kosten konfrontiert. Darauf weist die EU-Kommission in einer Mitteilung vom 4. April 2014 hin. Darin legt sie einen EU-Plan vor, der die Mitgliedstaaten unterstützen will, ihre Gesundheitssysteme wirksamer, zugänglicher und belastbarer zu gestalten. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, muss laut Kommission bei der Planung von Ausbildungen im Gesundheitsbereich schneller und intelligenter reagiert werden. Als weitere Handlungsfelder werden auch die Entwicklung von Maßnahmen der Leistungsbewertung und Verfahren zur Auswahl prioritärer Bereiche für eine Leistungsbewertung der Gesundheitssysteme genannt.

http://ec.europa.eu/health/healthcare/docs/com2014_215_final_en.pdf

EU-Kommission will psychoaktive Substanzen schneller verbieten

Die Kommission plant eine Verordnung, die das Verbot von illegalen Drogen beschleunigen und auch die sogenannten „Legal Highs“ erfassen soll. „Legal Highs“ sind neue psychoaktive Drogen, die Halluzinationen verursachen und Denken, Verhalten, Wahrnehmung, Bewusstsein oder Stimmung verändern. Diesen Gefahren könne nur grenzüberschreitend begegnet werden.

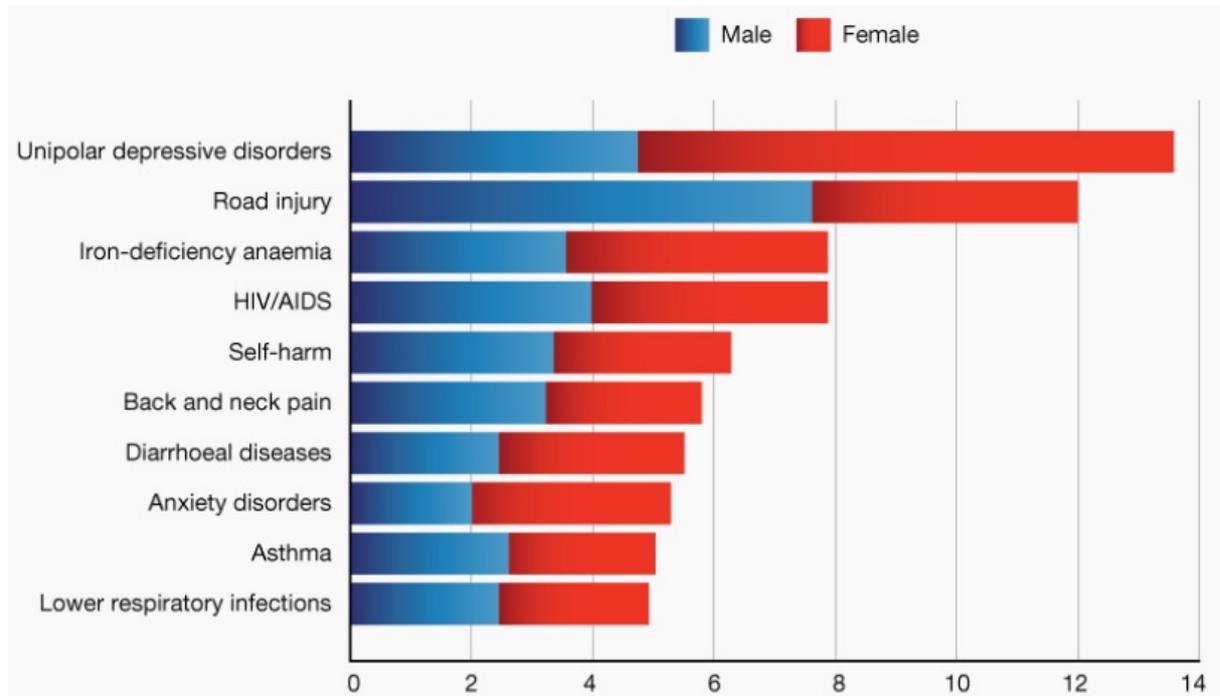
http://ec.europa.eu/justice/anti-drugs/files/com_2013_619_de.pdf

Gesundheit in Europa und der Welt

Depression bei Mädchen Hauptursache für DALYs

Depressionen sind die Hauptursache für Disability-adjusted Life Years (DALYs) bei Mädchen im Alter zwischen 10 und 19 Jahren, gefolgt von Verkehrsunfällen. Bei Jungen werden hingegen die meisten „krankheitsbedingten verlorenen Lebensjahre“ durch Verkehrsunfälle verursacht. Unipolare depressive Erkrankungen stehen bei ihnen an zweiter Stelle. Die drei häufigsten Gründe für Todesfälle unter Heranwachsenden weltweit sind Verkehrsunfälle, HIV/AIDS und Suizid. Viele Erkrankungen und Todesfälle unter Jugendlichen sind vermeidbar. Darauf weist die Weltgesundheitsorganisation in ihrem kürzlich vorgelegten Bericht „Health for the World’s Adolescents“ hin. Dort werden die Jugendlichen nach ihrer Selbsteinschätzung befragt.

Die 10 häufigsten Ursachen für verlorene Lebensjahre nach Geschlecht*



*DALYs in Millionen

Quelle: WHO report: Mortality, morbidity and disability in adolescence, Kap. 3

Die Mitgliedstaaten der EU müssten die lange vernachlässigten Probleme dieser Altersgruppe ernst nehmen und gezielt Programme zur Bekämpfung seelischer Erkrankungen bei Jugendlichen erarbeiten. Das Jugendalter sei eine entscheidende Lebensphase, in der die Grundlage

für eine gute Gesundheit im Erwachsenenalter geschaffen werde. Die sozialen Wertvorstellungen und Normen des unmittelbaren familiären und des schulischen Umfelds und von Peer-groups könnten Jugendliche gefährden oder schützen. Die Anzeichen für familiäre Probleme oder einer seelischen Erkrankung dürften nicht ignoriert werden.

Im September 2014 wollen die 53 Mitgliedstaaten der World Health Organization (WHO) in der europäischen Region auf ihrer 64. Tagung über eine Strategie für die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen sowie über einen Aktionsplan gegen Kindesmisshandlung beraten.

Die vollständige Studie finden Sie unter: <http://apps.who.int/adolescent/second-decade/>

Sparmaßnahmen gefährden Gesundheitsversorgung in Griechenland

Britische Forscher berichten im Lancet über gravierende gesundheitliche Probleme in Griechenland. Infolge der Sparmaßnahmen der letzten Jahre wurden die Gesundheitsausgaben auf sechs Prozent des Bruttoinlandsproduktes begrenzt. Die Zahl der HIV-Neuinfektionen, der Totgeburten und der psychischen Erkrankungen sei danach sprunghaft angestiegen. So habe die Prävalenz für eine Depression von 3,3 Prozent im Jahr 2008 auf 8,2 Prozent 2011 zugenommen. Die Suizidrate sei zwischen 2007 und 2011 um 45 Prozent angestiegen. Von 2011 auf 2012 sanken die staatlichen Mittel für die Versorgung psychisch kranker Menschen in Griechenland um 55 Prozent.

[http://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(13\)62291-6/fulltext](http://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(13)62291-6/fulltext)

Ombudsmenschsystem in Schweden erfolgreich

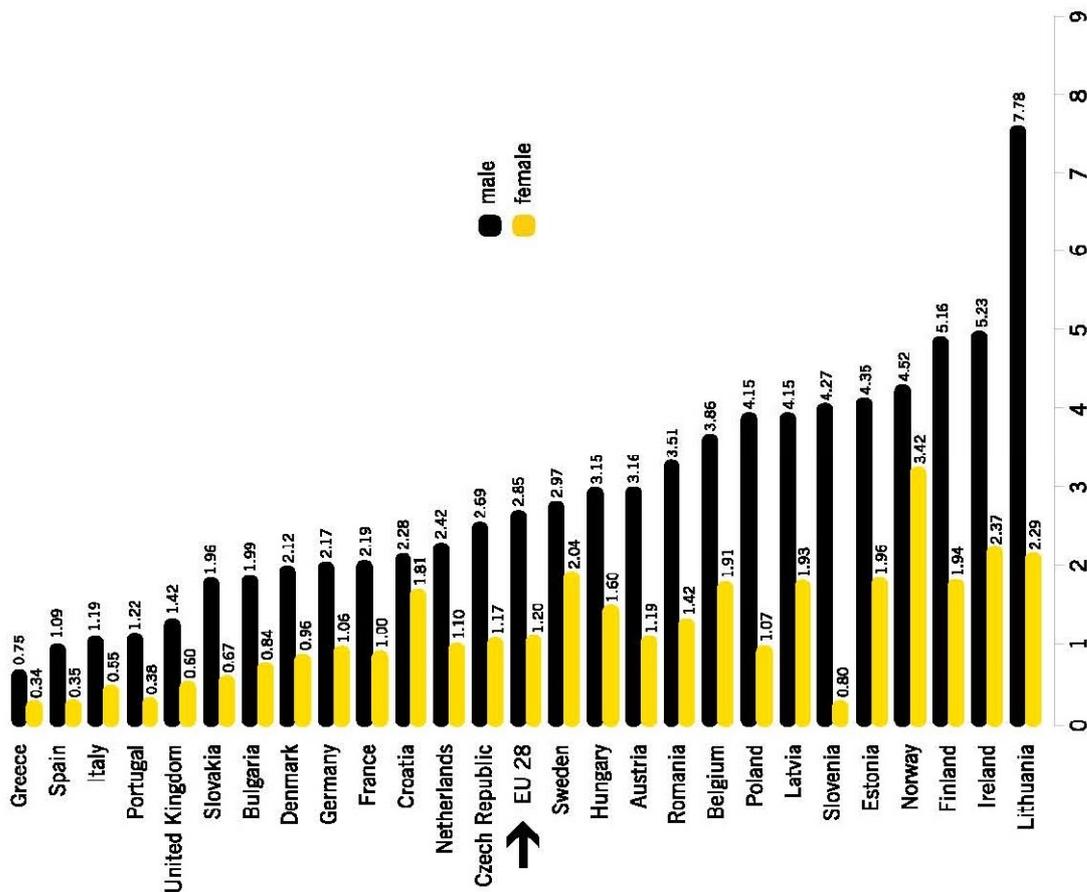
Schweden unterstützt in einer neuen Form Menschen mit psychischen Behinderungen. Als Alternative zur Vormundschaft wurde ein Ombudsmannsystem entwickelt, das Betroffene ausgehend von ihren Wünschen und Entscheidungsbefugnissen professionell unterstützt, ihre Wünsche zu definieren und auf die benötigten Dienste zuzugreifen. Der Service ist sehr erfolgreich. Die Nutzer haben die Anzahl psychiatrischer Krankenhaustage von 60 auf nur 4 Tage pro Jahr reduzieren können. Mental Health Europe hat einen Videoclip gestartet, der in Interviews mit Servicenutzern, Ombudsmenschen, Rechtsexperten sowie dem Gründer und Präsidenten der neuen Organisation, PO-Skäne, das Verfahren erläutert.

http://www.mhe-sme.org/index.php?id=56&tx_ttnews%5Btt_news%5D=20&cHash=18c5b298a555219ef687f0aa3c037458

Child Safety Europe legt Maßnahmen gegen Kindesmisshandlung vor

Die Europäische Allianz für Kinderschutz hat ihren Bericht 2014 vorgelegt. Er veröffentlicht Daten über vorsätzliche Kindesverletzung und analysiert die Maßnahmen in den verschiedenen Mitgliedsländern zum Umgang mit Gewalt gegen Kinder. Von den mindestens 35.000 Kindern und Jugendlichen im Alter zwischen 0 und 19 Jahren, die jedes Jahr in der EU sterben, sind danach etwa 24 Prozent (9.100 Todesfälle) Verletzungen zuzuschreiben. Etwa ein Drittel dieser Todesfälle werden als vorsätzlich oder durch unbestimmte Umstände eingestuft. Es gibt jedoch Hinweise, dass Todesfälle durch Misshandlung, die als Kindestötung kodiert werden, nur etwa 20 bis 33 Prozent der tatsächlichen Fälle widerspiegeln.

Abbildung: Child intentional Injury Deaths*



*je 100.000 Kinder von 0 - 19 Jahren, EU-Mitgliedsländer + Norwegen

Quelle: WHO European Detailed Mortality Database in: National action to address child intentional injury 2014, S.12

Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass zwar bereits eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen würde, aber noch mehr getan werden müsse, um die gewünschte Wirkung zu erreichen.

<http://www.childsafetyeurope.org/archives/news/2014/info/ciir-report.pdf>

EU-OSHA startet Kampagne „Gesunde Arbeitsplätze – den Stress managen“

Arbeitsbedingter Stress ist in Europa ein weit verbreitetes Phänomen. Eine gesamteuropäische Meinungsumfrage der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) hat ergeben, dass 51 Prozent der Arbeitnehmer der Meinung sind, häufig arbeitsbedingtem Stress ausgesetzt zu sein. Vier von zehn Arbeitnehmern geben außerdem an, für die Verringerung von arbeitsbedingtem Stress werde an ihrem Arbeitsplatz nicht genug getan. Am 10. April 2014 hat die EU-OSHA eine Kampagne „Gesunde Arbeitsplätze – den Stress managen 2014 - 2015“ gestartet. Sie will Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Führungskräfte dabei unterstützen, Stress und psychologische Risiken am Arbeitsplatz zu erkennen und zu bewältigen. Ziel der Kampagne ist es, Partnerschaften mit Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften einzurichten sowie Verfahren zu fördern, mit denen arbeitsbedingtem Stress und psychosozialen Risiken begegnet werden kann.

<https://osha.europa.eu/de/press/press-releases/work-related-stress-eu-osha-campaign-calls-on-employers-and-workers-to-tackle-it-together>

Psychotherapeuten in Europa

Vertrauen in Mental-Health-Dienste stärken

Ende März traf Prof. Dr. Rainer Richter, Präsident der BPtK, in seiner Eigenschaft als Initiator des Network for Psychotherapeutic Care in Europe (NPCE), Dr. Matt Muijen, den Programmmanager Mental Health bei der WHO-Europa in Kopenhagen zum Meinungsaustausch über europäische Herausforderungen im Bereich Mental Health. Beide waren sich darin einig, dass die Versorgung psychisch kranker Menschen integrativer als bisher erfolgen muss und ein abgestimmtes Handeln aller im Versorgungsprozess beteiligten Berufsgruppen erfordert. Es gelte, die gemeinsame Wertehaltung der Professionen sowie den Zugang und das Vertrauen zur Versorgung bereichsübergreifend zu stärken. Der Austausch soll fortgesetzt werden.



v. l.: Prof. Dr. Rainer Richter, Dr. Matt Muijen

Veranstaltungen

Am **11. April 2014** trafen sich die Mitglieder von **Mental Health Europe (MHE)** in Gent zur jährlichen **Generalversammlung**. Aus Deutschland nahmen an der Versammlung die BPtK und der Dachverband Gemeindepsychiatrie teil. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die angespannte finanzielle Situation von MHE, die im laufenden Jahr keine EU-Fördermittel erhalten hat. In den kommenden Monaten soll daher der Schwerpunkt der Aktivitäten auf der Einwerbung von Fördermitteln der Europäischen Union liegen.

Vom **6. bis 8. Juni 2014** fand in Warschau die 2. Internationale Konferenz der **Polnischen Gesellschaft für psychotherapeutische Integration** zum Thema „**Integration in Psychotherapy – Effectiveness and Limits**“ statt. Im Mittelpunkt standen Vorträge und Workshops mit internationalen Experten wie Leslie Greenberg, George Silberschatz und Kenneth Frank. Informationen zu den Diskussionen und Ergebnissen der Tagung können in Kürze auf der Website des NPCE eingesehen werden.

Vom **29. bis 30. Oktober 2014** findet in Berlin im Rahmen der Joint Action on Mental Health and Well-being eine Konferenz zum Thema „**Gesundheit bei psychischen Belastungen stärken – Von anderen in Europa lernen**“ statt. Die Veranstaltung wird organisiert von der EU-Kommission, dem Bundesministerium für Gesundheit, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem BKK-Dachverband. Die BPtK ist in die Vorbereitung der Veranstaltung mit eingebunden.

Medientipps

- ❖ **Mental Health Europe** hat ein Positionspapier zum Thema **Zwangsbehandlung und ihre Alternativen** vorgelegt. Es kann abgerufen werden unter:

http://www.mhe-sme.org/fileadmin/Position_papers/What_is_forced_treatment_-_a_myth_buster.pdf

- ❖ Das **Mental Health and Work Project** der OECD veröffentlicht seit Beginn des letzten Jahres fortlaufend Berichte zur psychischen Gesundheit am Arbeitsplatz. Berichte aus sechs europäischen Ländern liegen bereits vor, zuletzt im Februar 2014 für das Vereinigte Königreich. Noch 2014 sollen weitere Länderberichte zur Situation in den Niederlanden, Österreich und Australien folgen.

<http://www.oecd.org/employment/emp/theoecdmentalhealthandworkproject.htm>

Hintergrundinformation: Wie geht es weiter in der Europapolitik?

Gespräch mit Dr. Angelika Niebler, MdEP

Ende Mai wurde zum achten Mal das Europäische Parlament gewählt. Zu den neuen alten Abgeordneten gehört Dr. Angelika Niebler, Rechtsanwältin, Landesvorsitzende der Frauenunion und Spitzenkandidatin der oberbayrischen CSU für dieses Amt sowie Mitglied im EP seit 1999. Wir sprachen mit Frau Dr. Niebler über die Herausforderungen auf europäischer Ebene in der neuen Legislaturperiode.



Frau Dr. Niebler, Sie können persönlich sehr zufrieden sein mit Ihrem guten Wahlergebnis – zu dem wir Ihnen herzlich gratulieren. Wie sehen Sie das Ergebnis generell, was das Interesse für Europa und die Arbeitsbedingungen des neuen Parlamentes angeht?

Vielen Dank für die Glückwünsche. Für die CSU hätte ich mir sicherlich ein besseres Ergebnis bei der Europawahl gewünscht, aber verglichen mit anderen Parteien sind die 40,5 Prozent immer noch ein recht ordentliches Ergebnis. Die niedrige Wahlbeteiligung hat aber wieder einmal gezeigt, dass es uns nicht gelungen ist, die Bürger ausreichend zu mobilisieren

und von der Bedeutung „Europas“ zu überzeugen. Auch den starken Zuwachs, den anti-europäische, populistische, nationalistische Parteien in einigen unserer Nachbarländer erfahren haben, verdeutlicht die Skepsis eines Teils der Bürger gegenüber der Europäischen Union. Hier müssen wir pro-europäische Parteien ansetzen und verstärkt auf die Vorteile eines gemeinsamen Europas hinweisen. Die Frage muss sein: Wo brauchen wir mehr Europa und aus welchen Bereichen soll sich die Europäische Union heraushalten?

Was sind die „großen Themen“, die in der nächsten Legislaturperiode des Parlamentes anstehen? In welchen Fragen sind Sie selbst besonders engagiert?

Ein wichtiges Thema wird sicherlich weiterhin die Stabilisierung unserer gemeinsamen Währung sein. Auch wenn die Erfolge in den Schuldenländern langsam sichtbar werden – Irland, Portugal und auch Spanien haben den Rettungsschirm verlassen – so bleibt mit Blick auf Länder wie Griechenland oder Zypern weiterhin viel zu tun. Die Länder haben bereits große Anstrengungen unternommen, um ihren Haushalt zu konsolidieren. Auch vor diesem Hintergrund darf es keinesfalls zu einer Aufweichung der Stabilitätskriterien kommen.

Ein weiterer Schwerpunkt dieser Legislaturperiode wird auch die Bekämpfung der (Jugend-) Arbeitslosigkeit sein. Wir können es nicht zulassen, dass eine ganze Generation von Jugendlichen in Südeuropa ohne jede Perspektive aufwächst. Hierzu müssen wir noch mehr Bürokratie abbauen und unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen stärken.

Und wir brauchen auch ein neues, mit Airbus vergleichbares europäisches Industrieprojekt. Unser europäisches Satellitennavigationssystem Galileo ist weiterzuentwickeln und für den sicheren Datentransfer müssen wir eine europäische Cloud aufbauen. Und wir brauchen mehr Europa in der Energiepolitik

Schließlich werden uns die außenpolitischen Themen beschäftigen, wie man an der Ukraine sieht. Auch für die auf Europa zukommenden Migrationsströme müssen wir Antworten finden. Ich selber werde mich auch in der kommenden Legislaturperiode neben meiner Schwerpunktarbeit im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie um die Themen rund um die Freien Berufe kümmern.

Auf der Basis einer Mitteilung der EU-Kommission zur Bewertung der nationalen Reglementierungen des Berufszugangs erfolgt derzeit eine Evaluation der Zugänge auch im Gesundheitsbereich. Die Kommission spricht von „übermäßigen Regulierungen“ und thematisiert hier auch die obligatorische Mitgliedschaft in einem Berufsverband. Wie bewerten Sie das und was ist hier zu tun aus Ihrer Sicht?

Die Europäische Kommission hält in der Tat Liberalisierung und Deregulierung der Freien Berufe für erforderlich, um mehr Wirtschaftswachstum in Europa zu generieren. So sehr ich in vielen Fällen Deregulierung und Bürokratieabbau für sinnvoll halte, lehne ich eine Liberalisierung der freiberuflich selbstständig Tätigen entschieden ab.

Die freiberufliche Selbstverwaltung hat sich seit Jahren bewährt, da die Kammern wichtige Aufgaben der Vertretung der beruflichen Belange, der Organisation, der Beratung und der Aus- und Weiterbildung wahrnehmen. Die Europäische Kommission verkennt leider diese wichtige Rolle. Vor diesem Hintergrund werde ich verstärkt für die Selbstverwaltung der Freien Berufe auf europäischer Ebene kämpfen.

Sie sind von Haus aus Rechtsanwältin. Was sind die Herausforderungen, die sich den Freien Berufen in Europa stellen?

Nicht nur durch die Entwicklung hin zu einer wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft spielen die Freien Berufe in allen EU-Mitgliedstaaten sowohl aus sozialer als auch aus wirtschaftlicher Sicht eine große Rolle. Trotzdem fehlt bislang eine Definition des Begriffs auf europäischer Ebene. Die Bedeutung der Freien Berufe muss also mehr in den Mittelpunkt gerückt werden, beispielsweise im Rahmen einer „Europäischen Charta der Freien Berufe“.